

Benedikt Kapferer

Zur Erinnerung an Wolfgang Tschernutter – Ein Denkmal und seine Geschichte

Mit einer Fotodokumentation

Es ist einer von 111 Orten in Innsbruck, „die man gesehen haben muss“¹: ein rostiges Stahl-Gebilde an der Franz-Gschnitzer-Promenade hinter dem Hauptgebäude der Universität. Als Denkmal erinnert es an die Ermordung des wohnungslosen Wolfgang Tschernutter im Februar 1994. Besser bekannt als das unscheinbare Kunstwerk ist hingegen der Abschnitt der Promenade selbst. Denn in den vergangenen Jahren wurde der Platz am Innufer als städtischer Naherholungsraum immer beliebter. Insbesondere unter jüngeren Menschen wie Studierenden ist er schlicht als das „Sonnendeck“ geläufig. So wird er speziell in den wärmeren Jahreszeiten zum sozialen Treffpunkt und zur Partylocation ohne Konsumzwang.² Doch der 111. Ort aus Susanne Gurschlers Sammlung der alternativ-verpflichtenden Innsbrucker Attraktionen – die angedeutete Stahl-Konstruktion – gilt allgemein kaum als Sehenswürdigkeit. Wenn sie denn wahrgenommen wird, ist sie für viele wohl eher eine Merkwürdigkeit im Landschaftsbild. Ihre Bedeutung und die Geschichte um den Menschen und das Verbrechen dahinter sind heute weitgehend vergessen. Im Zusammenhang mit der jüngeren Vergangenheit der Innsbrucker Sozialpolitik erweisen sich Ort und Stahl-Konstruktion bei einer genaueren Betrachtung jedoch als besonders erinnerungswürdig.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung in Innsbruck und Tirol rund um die Themen Wohnen und Wohnungsnot sowie die räumliche Ausgrenzung durch Verbote im öffentlichen Raum³ gilt es, historische Phänomene von Verdrängung sichtbar zu machen. Im Sinne eines solchen Zuganges einer inklusiven Erinnerungskultur⁴ hat dieser Aufsatz das Ziel, im Fokus auf Innsbruck die Initiative eines lokal-regionalen Erinnerns rund um ein Denkmal darzustellen und die Geschichte der Ermordung eines Wohnungslosen ins Bewusstsein zu rücken.

Insofern sei an dieser Stelle Susanne Gurschler mit ihrer bereits erwähnten Publikation von 111 alternativen Innsbrucker Orten gedankt. Das Buch hat beim Autor eine erste Begegnung mit dem vorliegenden Thema und folglich eine längere Beschäftigung damit ausgelöst. Auf der Grundlage von Zeitungartikeln und Quellenmaterial aus dem Archiv des Dowas (Durchgangsort für Wohnungs- und Arbeitssuchende), das freundlicherweise von Peter Grüner bereitgestellt wurde, sollen die historischen Ereignisse von damals rekonstruiert werden.

Die Vorgeschichte

Bereits in den 1970er und 1980er Jahren kamen in der Innsbrucker Stadtpolitik verstärkt Debatten um soziale Themen wie Wohnungsnot und Obdachlosigkeit auf. Speziell rechte und rechtskonservative Parteien forderten im Sinne einer „Law and Order“-Politik pauschale Lösungen mit dem Ruf nach mehr Sicherheitsmaßnahmen. Häufig dominierte eine oberflächliche und diskriminierende Sprache gegenüber den von akuter Not betroffenen Menschen. Sie wurden überwiegend als „Nichtstuer“, „Störenfriede“ oder „Kriminelle“ hingestellt, wie eine Analyse der „Sandlerdebatte“ im Gemeinderat 1979 zeigt. So standen die Anzahl von Strafanzeigen von Wohnungslosen und die Forderung nach mehr Recht und Ordnung im Vordergrund. Individuelle Schicksale oder der größere gesellschaftliche Kontext hinter der Obdachlosigkeit wurden ausgeklammert. Ebenso die Gründe für die sozialen Notlagen und die Erstellung konkreter sozialpolitischer Konzepte als mögliche Lösung.⁵

Anfang der 1990er Jahre war das gesellschaftliche Klima in Österreich umso mehr von rechtspopulistischen Diskursen geprägt. Auf nationaler Ebene verfolgte Jörg Haider (1950–2008) von der FPÖ einen besonders rassistischen und bisweilen rechtsextremen Kurs. Mit seinem Lob für eine „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ im Kärntner Landtag am 13. Juni 1991 trat diese Ideologie zutage.⁶ Während in Österreichs Nachbarschaft am Balkan der Krieg um den Zerfall Jugoslawiens tobte und hunderttausende Menschen flüchteten, stießen Politiker:innen aus dem rechten Lager vermehrt auf Gehör. Mit dem von Haider und der FPÖ initiierten Volksbegehren „Österreich zuerst“ wurde schließlich die Ausländerfeindlichkeit in Österreich zu einem bestimmenden Thema. In der Eintragungswoche vom 25. Januar bis 1. Februar 1993 sprachen sich etwas mehr als 400.000 Menschen – das waren rund sieben Prozent der Stimmberechtigten – für die Forderungen rund um verstärkten Grenzschutz und Einwanderungsstopp aus.⁷

Im öffentlichen Diskurs vermischten sich ablehnende Haltungen gegenüber Flüchtlingen, Bettelnden, Wohnungs- und Obdachlosen. In Innsbruck wurde derweil die wenig zielführende Debatte der vorangehenden Jahrzehnte fortgeführt. Aus Sicht von NGOs aus dem Sozialbereich waren dafür Vertreter der Stadtpolitik wie ÖVP-Bürgermeister Romuald Niescher und sein Stadtparteiobmann Rudolf Warzilek mit ihren kontroversen Aussagen verantwortlich. Im Oktober 1993 sprach Niescher von einer „aggressiven Bettlerei“ und angesichts der Innsbrucker „Sandler“ von einer „unerträglichen Situation“. Gemeinsam mit der Polizei, Expert:innen aus dem Sozialbereich und dem Land Tirol wolle er die „Stadtplage“ angehen. Die Meldungen sorgten für großes Aufsehen. Der Soziallandesrat Walter Hengl (SPÖ) verurteilte das „Sandler-Austreiben“ als keinen sinnvollen Zugang in der Sozialpolitik.⁸ Diese Äußerungen mit einer von Abwertung, Ausgrenzung und Verdrängung gekennzeichneten Sprache prägten weiterhin die Debatte und bereiteten aus Sicht der Innsbrucker Sozialeinrichtungen schließlich den Boden für physische Gewalt.

Die Tat

In der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1994 kam es in Innsbruck zum Mord am wohnungslosen Wolfgang Tschernutter. Zwei Jugendliche verprügelten ihn mit einem Vierkantholz und verletzten ihn so schwer am Kopf, dass er bereits in der Nacht als hirntot galt und wenige Tage später auf der Intensivstation starb. Tschernutter war 37 Jahre alt und hatte im überdachten Eingangsbereich beim Hallenbad Höttinger Au genächtigt. Dort fand er öfter Unterschlupf. Die beiden Täter waren 14 und 15 Jahre alt und als Lehrling bzw. Schüler noch in Ausbildung. Bei der Polizei und später vor Gericht gaben die Jugendlichen an, dass sie den Mann zuerst um Feuer gefragt, keines bekommen hätten und dann ihres Weges gegangen wären. Wenig später kehrten sie jedoch wieder zurück, um ihn zu ärgern („trätzen“). Zuerst bewarfen sie ihn mit Bierdosen, danach schlugen sie mit einem ein Meter langen Holzstück mehrmals auf ihn ein. Laut Polizei hatte einer der Burschen eine Nähe zu rechtsextremem Gedankengut. Knapp vier Monate nach der Tat, am 23. Juni, endete der Gerichtsprozess nach zwei Verhandlungstagen mit einem Schuldspruch. Die Jugendlichen wurden wegen Mordes zu achteinhalb und neun Jahren Haft verurteilt.⁹

Die Tat erschütterte das ganze Land. Davon zeugen nicht nur die zahlreichen Medienberichte, auch die Innsbrucker Sozialvereine waren aufgerüttelt, wie Peter Grüner vom Dowas berichtet: „Es war klar, dass man etwas machen muss und nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann.“¹⁰ Am 4. März, eine Woche nach der Tat – genau an dem Tag, als Tschernutters Tod festgestellt wurde – fanden erste Aktionen aus dem Umfeld von Sozialeinrichtungen statt. Diese waren bereits zuvor im Sozialpolitischen Arbeitskreis Tirol (SPAK), eine Art Dachverband mit mehreren privaten Vereinen, vernetzt gewesen. Um 10 Uhr vormittags hielten sie, organisiert von Stefan Schnegg (Dowas), bei der Annasäule in der Maria-Theresien-Straße eine Mahnwache gegen Gewalt ab. Die Aktivist:innen verteilten Flugzettel, die vor „Hetzern“ wie dem ÖVP-Stadtparteiobmann Warzilek warnten und seinen Rücktritt forderten. Ihr Vorwurf: Seine Aussagen und jene von ÖVP-Vertretern hätten das Klima für die Ermordung von Wolfgang Tschernutter erst hergestellt.¹¹

Am Abend desselben Tages fand im Innsbrucker Bierstindl eine Diskussion zu Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit statt. Der Sozialarbeiter Jussuf Windischer mahnte dort, dass es eine „bittere Hetzjagd gegen Obdachlose“ gebe. Ulla und Wolfgang, selbst von Wohnungslosigkeit betroffen, sprachen ihre Existenz- und Zukunftsängste sowie die wesentlichen Ursachen für ihre Not an: das Scheitern von Beziehungen und Alkohol.¹²

Am 8. März wurde die Asche von Wolfgang Tschernutter in einem Urnengrab am Innsbrucker Westfriedhof beigesetzt. Der „Tirol-Kurier“ berichtete wenige Wochen später über die Zeremonie, bei der viele Menschen große Anteilnahme zeigten: Wohnungslose, Street-Worker:innen, Fremde und natürlich die Eltern. Der „Wolfi“, so der „Kurier“, hatte eine Lehre zum technischen Zeichner gemacht, aber bereits Anfang der 1980er Jahre in Genf auf der Straße gelebt, bei seiner Rückkehr nach Innsbruck ebenso. Die Bemühungen seiner Eltern, ihn zu unterstützen, schlugen fehl. In der Stadt allgemein und speziell bei Sozialarbeiter:innen war

Tschernutter bekannt. Als besonders ruhig, zurückgezogen und friedfertig charakterisierte ihn der Journalist: „Er schweigt viel, er geht viel, er setzt sich in Cafés oder Unisäle, liest, hört zu. Er darf drinnen duschen und unterm Vordach des Höttinger Hallenbades übernachten. Die Bademeister sind nett. Wolfis fixe Station über Jahre. Der Mann hat keine richtigen Freunde – und keine richtigen Feinde. Bis zu dieser Nacht im Februar.“¹³

Das Urnengrab von Wolfgang Tschernutter ist am Innsbrucker Westfriedhof im Grabfeld UH-2 unter der Nummer 57 zu finden. Laut der Friedhofsinformation der Stadt Innsbruck wurde er am 27. Februar 1956 geboren¹⁴ und einen Tag vor seinem 38. Geburtstag Opfer der Misshandlung. In den Monaten nach der Tat dauerte das Gedenken an ihn an. Die Bemühung wurde ein Ringen um Anerkennung der sozialen Missstände.

„Sichtbar-Machen versus Entfernen“: Die Initiative Denk-mal und die Erinnerung

Innerhalb des Sozialpolitischen Arbeitskreises entstand in der Folge unter Mitarbeit des Dowas, des Tiroler Sozialparlaments, des Vereins VAKUUM und anderer Einrichtungen die Initiative „Denk-mal“. Peter Grüner, Anita Netzer, Hardy Ess, Helmut Kunwald, Sabine Trumer, Peter Valentini und Wilfried Hanser arbeiteten aktiv mit. Ihr Ziel war, ein antifaschistisches Mahnmal in Erinnerung an den Mord zu entwerfen und es in der Maria-Theresien-Straße bei der Annasäule aufzustellen.¹⁵ Das Gedenkzeichen „sollte eine zentrale, öffentliche Stelle haben und nicht verdrängt werden wie jene, denen es gewidmet ist“, so Grüner im Interview.¹⁶ Bereits Anfang April stellte die Initiativ-Gruppe eine provisorische Pyramide bei der Verkehrsinsel an der Annasäule auf. Kurz darauf ließ die Stadt sie entfernen, weil sie widerrechtlich angebracht worden sei. Schließlich konnte die Gruppe den Kramsacher Künstler Alois Schild, einen Schüler des Bildhauers Bruno Gironcoli, für das Projekt gewinnen. Bis Anfang Juni entwarf er eine 800 Kilogramm schwere Stahl-Pyramide. Sein Denkmal nannte Schild „Mahnmal gegen den industriellen Umgang mit Minderheiten“. Die Botschaft des Erinnerungszeichens bezog sich nicht nur auf die Ausgrenzung von Wohnungslosen, sondern auch auf die Arbeitswelt generell und die Geschichte des Nationalsozialismus. Schild kritisierte, dass in der Gesellschaft oft nur die Leistung zähle: „Der Druck fährt über die Menschen drüber. Wer nicht mithalten kann, wird verdrängt.“ Die Pyramide stellte eine überdimensionale Grabstätte dar. Sie sollte auch an den industriellen Massenmord in den Konzentrationslagern der NS-Zeit erinnern. Mit den Inschriften „Mama“ und „Papa“ wollte der Künstler den Menschen hinter dem Schicksal hervorheben.¹⁷

In den folgenden Monaten kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Initiative „Denk-mal“ und der Stadtpolitik. Die Initiative errichtete mehrere Erinnerungszeichen, die Stadt beseitigte sie wieder. Mitte Juli wurde das Stahlgebilde von Schild in der Maria-Theresien-Straße vor dem Kaufhaus Tyrol aufgestellt. Die Aktivist:innen trugen Schilder mit Parolen: „Denk-mal gegen Ver-



Das Mahnmal von Alois Schild in der Maria-Theresien-Straße in Innsbruck vor dem Kaufhaus Tyrol Mitte Juli 1994. Kurze Zeit später ließ die Stadt es entfernen. (Foto: Archiv Dowas)



Aktivist:innen von Innsbrucker Sozialeinrichtungen der „Initiative Denk-mal“ Mitte Juli 1994 in der Maria-Theresien-Straße in Innsbruck (Foto: Archiv Dowas)

gessen und Verdrängen im Herzen der Stadt“. Am 18. Juli berichtete das Nachrichtenmagazin „profil“: „Am vergangenen Donnerstag ließ die Stadtregierung auch diese Skulptur von der Feuerwehr abtransportieren. Die Diskussion um Sichtbarmachen versus Entfernen ist prolongiert.“¹⁸

Die Feuerwehr „entsorgte“ das Stahl-Gebilde im städtischen Recyclinghof in der Rossau (heute Gelände des Bauhofs), also in der Nähe des ehemaligen Arbeits-erziehungslagers der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Dort wurden von 1941 bis 1945 über 100 Menschen ermordet und viele Häftlinge in Konzentrations- und Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau deportiert.¹⁹

Die Sozialeinrichtungen um den SPAK, die Initiative gegen Fremdenhass und der Arbeitskreis Wohnen und Existenzsicherung des Tiroler Sozialparlaments gaben nicht auf. In einer Presseaussendung wandten sie sich an die Medien und luden für den 20. Juli zu einer Mitternachtslesung. Sie sollte die Kontinuitäten einer menschenfeindlichen Politik aufzeigen und deutlich machen, dass „Faschismus hier und heute existiert“. Die Veranstalter kritisierten, ein Denkmal werde „offensichtlich störender empfunden, als ein neues Kaffeehaus“. Sie hofften auf einen Kompromiss in der Standortfrage mit dem neuen Bürgermeister Herwig van Staa,²⁰ der in der Gemeinderatswahl vom 24. April 1994 mit seiner von der ÖVP abgespalteten Liste Für Innsbruck als Sieger hervorgegangen war.²¹ Die Diskussionen zogen sich noch mehrere Monate hin. Die Initiativ-Gruppe schlug den Marktplatz und den Rapoldipark vor. Die Stadtverwaltung lehnte die Vorschläge ab, etwa mit der Begründung, dass sich Kinder beim Klettern verletzen könnten und im Rapoldipark Pflanzen beseitigt werden müssten.²² Schließlich einigte man sich auf den Standort an der Franz-Gschnitzer-Promenade hinter dem Hauptgebäude der Universität. Am 12. Dezember 1994 halfen Mitglieder der Stadtregierung wie Hilde Zach, Lothar Müller, Eugen Sprenger und Georg Gschnitzer mit, das Denkmal dort aufzustellen.²³ Wo es heute noch steht.

Ausblick

Auch in den Jahren nach der Denkmal-Errichtung an der Innpromenade im Dezember 1994 wurde die Erinnerung an den Mord an Wolfgang Tschernutter wachgehalten – von den Aktivist:innen, aber auch von Menschen aus den Bereichen Kunst und Kultur. Am ersten Jahrestag 1995 hielt das Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus eine Kundgebung ab. Es verwies auf Tschernutter und nahm Bezug auf das Attentat von Franz Fuchs, der Anfang Februar 1995 im burgenländischen Oberwart vier Roma mit einer Rohrbombe ermordet hatte.²⁴ Ein Jahr später gestaltete der Künstler und Journalist Bert Breit, der als Jugendlicher selbst im Lager Reichenau interniert war,²⁵ ein Klaviertrio, das er unter dem Titel „Schibboleth“ Wolfgang Tschernutter widmete. Seine Uraufführung hatte das Stück am 24. September 1997 bei den Klangspuren in Schwaz.²⁶ In den Jahren danach gab es immer wieder kleinere publizistische Initiativen wie Blogbeiträge, aber auch einzelne Kundgebungen aus Kreisen der linken und antifaschistischen Szene.

Anlässlich des 28. Jahrestages der Ermordung veranstaltete das Dowas gemeinsam mit Freundinnen und Freunden am 25. Februar 2022 die Kundgebung „das recht auf stadt. erinnern an wolfgang tschernutter und die opfer rechter gewalt“.²⁷ Außer der Lesung von Texten gab es mehrere Redebeiträge, unter anderem vom Künstler Alois Schild. Es entstand die Idee, das Denkmal zu aktualisieren und den verrosteten Stahl mit neuer Farbe zu bestreichen. Sarah Milena Rendel nahm das Denkmal in ihrer Dokumentation „Wohnen“ (2021) auf. Der Film behandelt Wohnungs- und Obdachlosigkeit in der Gegenwart aus der Perspektive von unterschiedlichen Organisationen, Betroffenen und Aktivist:innen.²⁸

Knapp 30 Jahre nach der Tat scheint das Denkmal dennoch weitgehend unbekannt zu sein. In seiner Funktion als Mahnung vor Ausgrenzung und dem „industriellen Umgang mit Minderheiten“ wirkt es an seinem heutigen Standort wenig beachtet. Obwohl es an der Innpromenade nicht wie ursprünglich intendiert an einem zentralen Ort in der Innsbrucker Innenstadt errichtet wurde, so liegt es immerhin in Luftlinie gegenüber dem Höttinger Hallenbad, dem Tatort und oftmaligen Unterstand von Wolfgang Tschernutter. Das Denkmal befindet sich im Naherholungsraum des „Sonnendecks“, einem Ort des studentischen Lebens ohne Konsumzwang und ohne Regulierungen wie den Nächtigungs- und Alkoholverboten. Als einer von 111 Orten, „die man gesehen haben muss“, ist das Denkmal Sehens- und Merkwürdigkeit zugleich – ein Platz, der trotz oder gerade wegen seiner unscheinbaren und vergänglich-rostenden Gestalt erinnerungswürdig und bemerkenswert bleibt.

Close-up: Denk-mal – eine Fotodokumentation

Die Bilderreihe dokumentiert das „Antifaschistische Denk-mal gegen den industriellen Umgang mit Minderheiten“ von Alois Schild an der Franz-Gschnitzer-Promenade in Innsbruck. Die Fotos hat Benedikt Kapferer im Februar 2022 aufgenommen.







Anmerkungen

- 1 Susanne Gurschler: 111 Orte in Innsbruck, die man gesehen haben muss, Dortmund 2018, S. 230f.
- 2 Vgl. Simon H. Schöpf: „Wenn ich nicht hier bin, bin ich auf'm Sonnendeck...“; <https://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/hidden-histories/sonnendeck.html> (Zugriff 26.5.2022).
- 3 Vgl. Horst Schreiber/Elisabeth Hussl (Hg.): Gaismair-Jahrbuch 2019. Schöne Aussichten, Innsbruck–Wien–Bozen 2018, speziell Abschnitt „Stadt der Verbote – Recht auf Stadt“, S. 10–43.
- 4 Vgl. dazu Martin Lücke/Irmgard Zündorf: Einführung in die Public History, Göttingen 2018, S. 53–56.
- 5 Andrea Sommerauer/Hannes Schlosser: Gründerzeiten. Soziale Angebote für Jugendliche in Innsbruck 1970–1990, Innsbruck 2020, S. 311.
- 6 Der Standard, 14.6.1991, S. 1.
- 7 Bundesministerium für Inneres: Alle Volksbegehren der zweiten Republik, https://www.bmi.gv.at/411/Alle_Volksbegehren_der_zweiten_Republik.aspx (Zugriff 26.5.2022).
- 8 Kurier, 8.10.1993, S. 19; Der Standard, 9.10.1993, S. 8.
- 9 Kurier, 23.6.1994, S. 9; Kurier, 24.6.1994, S. 9.
- 10 Telefon-Interview Benedikt Kapferer mit Peter Grüner, 18.2.2021.
- 11 Archiv Dowas, Korrespondenz zwischen Stefan Schnegg und Bundespolizeidirektion/Verwaltungssenat, März 1994; Kronen Zeitung, 5.3.1994, S. 15.
- 12 Kronen Zeitung, 6.3.1994, S. 18.
- 13 Kurier, 1.4.1994, S. 11.
- 14 Friedhöfe Stadt Innsbruck, innsbruck.gv.at/friedhof, Wolfgang Tschernutter, Grabfeld UH-2, Grab 57.
- 15 Archiv Dowas, Originalwortlaut aus SPAK Protokollen im Jahr 1994/95, Eintrag vom 24.3.1994.
- 16 Interview Grüner, 18.2.2021.
- 17 Telefon-Interview Benedikt Kapferer mit Alois Schild, 17.2.2021.
- 18 profil, 18.7.1994, S. 33.
- 19 Horst Schreiber: Gedächtnislandschaft Tirol, Innsbruck–Wien–Bozen 2019, S. 180–183; Johannes Breit: Das Gestapo-Lager Innsbruck-Reichenau, Innsbruck–Wien 2017.
- 20 Archiv Dowas, Presseaussendung Mitternachtslesung der Initiative antifaschistisches Denk-mal, Innsbruck 20.7.1994.
- 21 Kurier, 26.4.1994, S. 2.
- 22 Archiv Dowas, Magistratsabteilung IX an Bürgermeister van Staa, Innsbruck 8.11.1994.
- 23 Kurier, 13.12.1994, S. 9.
- 24 Archiv Dowas, Manuskript für einen Beitrag für das Mittagmagazin des RAI-Senders Bozen von Benedikt Sauer, 25.2.1995.
- 25 Tiroler Porträt. Bert Breit. Nach einem Interview von Othmar Costa: in: Das Fenster Jg. 24 (1990), Heft 47, S. 4630–4646, hier S. 4635.
- 26 Der Standard, 24.9.1997, S. 14; Tiroler Tageszeitung, 26.9.1997; siehe auch Matthias Breit: Remember Wolfgang Tschernutter (Schibboleth von Bert Breit), YouTube, 10.4.2021, <https://youtu.be/SiwSh74EC1I> (Zugriff 26.5.2022).
- 27 Kundgebung: Das Recht auf Stadt, [erinnern.at](https://www.erinnern.at), <https://www.erinnern.at/bundeslaender/tirol/termine/kundgebung-das-recht-auf-stadt-wolfgang-tschernutter-und-die-opfer-rechter-gewalt> (Zugriff 30.5.2022).
- 28 Der Film hatte am 26.5.2022 beim 31. Internationalen Film Festival Innsbruck (IFFI) seine Premiere, <https://iffi.at/filme/wohnen/> (Zugriff 30.5.2022).